

ANTRAG INFOS ÜBER BAUVORHABEN SCHON VOR DEM ERSTEN SPATENSTICH

Wer mitbestimmen soll, muss zunächst einmal wissen, wobei. In dieser schlichten Erkenntnis liegt der Hintergrund eines Antrags der rot-grünen Koalition, der heute im Parlament beschlossen wurde: Alle Bremerinnen und Bremer sollen künftig die Möglichkeit erhalten, sich frühzeitig über relevante Bauvorhaben in der Stadt zu informieren – und sich auf Basis dieser Informationen einzumischen.

Wer baut was und wo? Wer sich in Bremen diese Fragen stellte, musste bisher durchaus weite Wege auf sich nehmen, um sich die Informationen zu beschaffen. Wer keine Zeit hatte, um die nächste Beiratssitzung aufzusuchen oder sich mit dem Behördenschwung auseinander zu setzen, fand oft keine Antworten. Damit soll jetzt Schluss sein. „Wir wollen für mehr Transparenz sorgen. Deshalb soll der Senat prüfen, ob und wie wir es



Helmut Weigelt

Anwohnern und Interessierten künftig einfacher machen, sich zu informieren“, erklärt der Sprecher für Bürgerbeteiligung und Beiratsangele-



Wer baut denn da - und was soll das werden? Schon vor dem ersten Spatenstich soll künftig über relevante Bauvorhaben in Bremen informiert werden.

Foto: Thomas Siepmann / pixelio.de

genheiten, Helmut Weigelt, den Vorstoß in Sachen Informationspolitik. Angedacht ist dabei, künftig alle relevanten Projekte auf einer Internetseite aufzulisten und gleichzeitig ein Überblick über die einzelnen Bauvorhaben zu geben.

Vorbild dabei ist die Stadt Heidelberg, die eine derartige Info-Portal bereits seit zwei Jahren anbietet. Ähnlich wie dort, soll auch eine mögliche Bremer Liste eine Übersicht geben, welche Projekte in geplant werden und in welchem Stadium der Umsetzung sie sich befinden. „Welche politischen Beschlüsse liegen den

jeweiligen Vorhaben zu Grunde? Wie ist der aktuelle Stand, welche Umsetzungsschritte sind die nächsten? Auf all diese Fragen – so die Idee – sollen Bürgerinnen und Bürger künftig Antworten finden – ohne von einer Behörde an die nächste verwiesen zu werden“, so Weigelt. Zudem sei es wünschenswert, dass jedem Vorhaben ein konkreter Ansprechpartner zugeordnet wird, um Rückfragen zu ermöglichen.

> **Antrag: Liste relevanter baulicher Vorhaben für Bremen einführen**
<http://tiny.cc/projektinfo>

ANTRAG CO2 EINSPAREN ÖFFENTLICHE KASSEN ENTLASTEN

Bremen macht sich für den Umweltschutz und eine nachhaltige Mobilität stark. Ein zentrales Thema in diesem Bereich ist der Ausstoß von CO2. Speziell bei Fahrzeugen lässt sich hier leicht eine große Menge an Schadstoffen einsparen. Gleichzeitig machen die Pkw-Fahrten einen erheblichen Kostenanteil der öffentlichen Verwaltung aus. Grund genug den verwaltungseigenen Fuhrpark einmal genauer unter die Lupe zu nehmen.

„Effizienz des Fuhrparkmanagements der öffentlichen Verwaltung verbessern“ – unter diesem Namen brachten die Fraktionen von SPD und Grünen in der heutigen Sitzung der Stadtbürgerschaft einen Antrag ein, der die Kosten und Emissionswerte der Verwaltung deutlich senken soll. „Die Fahrzeuge benötigen viele Stellplätze und kosten Geld in Anschaffung und Unterhalt. Ein effizientes Fuhrparkmanagement kann CO2 einspa-

ren, Kosten senken und den öffentlichen Parkraum entlasten“, erklärt der umwelt- und energiepolitische Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Arno Gottschalk, den Antrag. „Außerdem können wir unserer Vorbildwirkung für eine nachhaltige Mobilität gerecht werden.“

Ein Schwerpunkt bei der Effizienzsteigerung kommt dabei dem „Carsharing“ zu, das eine ganze Reihe an Vorteilen mitbringt: „Die Anzahl der eigenen und geleasten Fahrzeuge sowie der zugehörigen – teils angemieteten – Stellplätze kann reduziert werden. Gleichzeitig können wir eigene Stellplätze weitervermieten und die eigenen Einnahmen somit steigern“, so Gottschalk. Zudem habe der Senat die Erhöhung der Zahl der Carsharing-Nutzerinnen und -Nutzer auf 20.000 als Ziel für das Jahr 2020 formuliert. „Die 47.000 Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Bremen stellen in diesem Zusammen-

hang ein großes Potential an zusätzlichen Nutzerinnen und Nutzern dar.“

Die Fraktionen von SPD und Grünen fordern den Senat deshalb heute auf, ein Konzept für ein kosteneffizientes und klimafreundlicheres Fuhrparkmanagement sicherzustellen und dabei insbesondere auf die Potenziale rund um das Thema „Carsharing“ zu achten.

> **Antrag: Effizienz des Fuhrparkmanagements der öffentlichen Verwaltung verbessern**
<http://tiny.cc/Fuhrparkmanagement>



Arno Gottschalk